DAS MEINEN UNSERE LESER

„Ich vertraue als normaler Bürger und Autofahrer den ‚Gelben Engeln'. Was aber die Führungsebene betrifft, sehe ich noch nicht das Ende der Fahnenstange."

Horst Großewiese, Wuppertal, zu: **Haben Sie Vertrauen in die ADAC-interne Klärung des Skandals?**

Lieber wahre „Gelbe Engel" ehren

zu: Haben Sie Vertrauen in die ADAC-interne Klärung des Skandals?

Es wäre tatsächlich besser, wenn der Preis „Gelber Engel" ausschließlich an die „wahren" Gelben Engel vergeben wird – und das sind doch die Straßenwachtfahrer und Rettungsflieger des ADAC. Was haben Konzerne wie VW, Mercedes oder BMW mit dem Begriff „Gelber Engel" zu tun? Denen geht es doch nur um Umsatzsteigerungen. Das Geld für die teure Großveranstaltung anlässlich der Verleihung des „Gelben Engel" könnte man einsparen und als Bonus am Ende des Jahres an die wahren „Gelben Engel" auszahlen, sodass sie es nicht mehr nötig haben, Batterien zu verkaufen.

Wolfgang Hirschfeld, Radevormwald

Vorstand muss abgelöst werden

Mir kann niemand erzählen, dass der derzeitige Vorstand des ADAC von den Machenschaften nichts gewusst hat. Deshalb kann nur gelten: Der gesamte Vorstand muss abgelöst werden, und zwar schnellstens. Außerdem ist es notwendig, dass der Straßendienst vom Rest des Konzerns getrennt wird. Der Straßendienst könnte dann noch als Verein weitergeführt werden, der große Rest ist schnellstens in eine Kapitalgesellschaft umzuwandeln mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.

Egon Jaskowiak, Düsseldorf

Die Pannenhilfe ist lobenswert

Die Sparte „Pannenhilfe und Rettungsdienst" des ADAC hat sich ohne Zweifel große Verdienste und Anerkennung erworben, aber alles andere, was mit dem ADAC zu tun hat, vom Präsidenten Meyer angefangen, hat total die Bodenhaftung verloren. Mit dieser Geschäftsleitung ist beim besten Willen kein Neuanfang möglich, dazu liegen zu viele Leichen im Keller. Herr Meyer sollte nicht wie eine Klette auf seinem Stuhl kleben und dem ADAC einen sauberen Neuanfang ermöglichen.

Hans-Walter Stocks, Willich

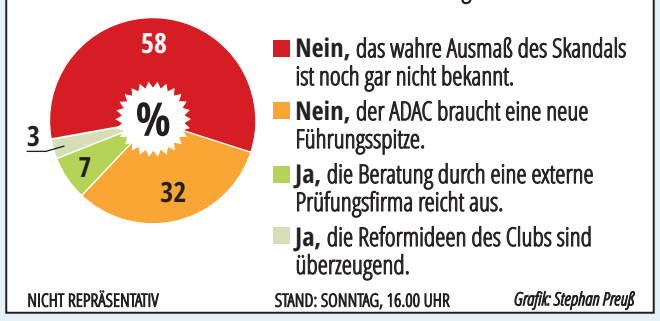
ADAC ist ein Helfer in der Not

Mit der deutschen Gründlichkeit wird wieder alles auseinandergenommen. Der ADAC bleibt für mich ein Verein, der mir hilft, wenn ich in Not bin.

Dirk Engelhardt, Willich

ONLINE-UMFRAGE

Haben Sie Vertrauen in die ADAC-interne Klärung des Skandals?



NICHT REPRÄSENTATIV STAND: SONNTAG, 16.00 UHR *Grafik: Stephan Preuß*

DAS MEINEN ANDERE

„Die europäischen Rechtspopulisten und Nationalisten werden den Sieg als Fanal und Ermutigung begreifen."

Der Tagesspiegel, Berlin, zu: Schweiz

Die Welt

zu: Schweiz

Am Ende des Abstimmungskrimis steht ein geteiltes Land, bei dem der deutschsprachige Teil klar für eine Einschränkung der Zuwanderung plädiert, während der frankophone Teil gegen die Initiative abstimmte. Damit verschärft sich die Drift nördlich und südlich des Röstigrabens, die die Handlungsfähigkeit eidgenössischer Politik belastet. Die Schweiz muss ihre Nähe zur EU neu justieren. Ein „Weiter-so" ist keine Option. Die SVP wird lernen, wie schwierig es ist, die positiven Aspekte der bilateralen Verträge mit Brüssel von den ungeliebten zu trennen.

Münchner Merkur

zu: Seehofer/Energiewende

Seehofers Rollentausch vom selbsternannten „Architekten der Energiewende" zum Schutzheiligen der Stromtrassengegner kurz vor der Kommunalwahl ist so abenteuerlich und durchsichtig, dass nicht mal mehr die durchaus Wende-erprobte Kanzlerin mitspielen mag. Ihr Machtwort entlarvt Seehofers verbale Holzerei als das, was es ist: ein selbst für Seehofersche Verhältnisse beispielloser Populismus. Wenn sogar die weiß-blauen Wirtschaftsverbände laut gegen Seehofers energiepolitische Geisterfahrt aufbegehren, ist es weit gekommen im schönen Bayernland.

SO ERREICHEN SIE UNS

IHRE MEINUNG SENDEN SIE AN

MAIL dialog@wz-plus.de
FAX 0211/8382-2392
POST Königsallee 27, 40212 Düsseldorf

KOMMENTAR In Europa haben viele Bürger Angst vor zu viel Zuwanderung

Dieses Votum ist kein Schweizer Phänomen

Von Lothar Leuschen
lothar.leuschen@wz-plus.de

Die Schweizer haben gesprochen: weniger Einwanderung, weniger Europa, mehr Schweiz. Das wenn auch knappe Ergebnis der Volksabstimmung im Land der Eidgenossen lässt weit über die Grenzen des kleinen, wohlhabenden Staates aufhorchen. Vor allem in Deutschland wird das Votum auch in den nächsten Tagen noch auf Widerhall stoßen. Denn einerseits bilden Deutsche die zweitgrößte nationale Gruppe unter den Zuwanderern. Andererseits wünschen sich Millionen von Deutschen, dass auch sie einmal gefragt werden, ob sie die Zuwanderungspolitik so haben wollen, wie sie derzeit betrieben wird. Aber in Deutschland wird es eine solche Abstimmung nie geben – aus Angst vor dem Ergebnis, aus Angst vor den Folgen für die Europäische Union.

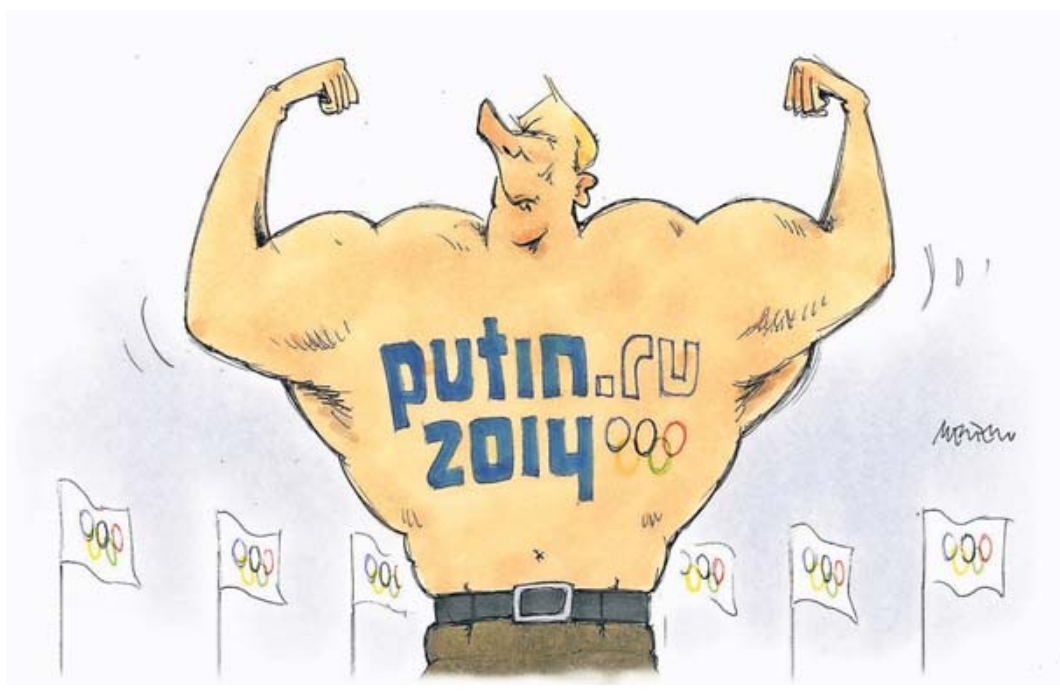
Dass sich in der Schweiz die konservativen Kräfte durchgesetzt haben, ist kein Schweizer Phänomen. Überall im reicheren Teil Europas wird mit Argwohn auf die Völkerwanderung geblickt, die sich aus wirtschaftlichen Gründen im Süden der Union in Bewegung gesetzt hat. In Österreich, Frankreich, den Niederlanden, auch in Dänemark haben jene Zulauf, die mit nationalistischen Parolen vor der Flucht in die Sozialsysteme warnen. Wenn ihre Beweggründe auch unsympathisch sind, die Gefahr sehen sie richtig.

Deshalb sollte die Politik außerhalb der Schweiz nun auch nicht die Nase rümpfen über die seltsamen Eidgenossen, die mal wieder stur ihren eigenen Weg gehen wollen. Dort ist die Lage eine andere als überall sonst in Europa. Wenn jeder vierte Einwohner Ausländer ist, ergibt sich auf das Thema Zuwanderung ein ganz anderer, vielleicht viel ängstlicherer Blick.

Die Schweiz ist aber nicht Deutschland. Hier liegt der Ausländeranteil bei neun Prozent, die Ressentiments sind im Verhältnis aber ähnlich ausgeprägt wie beim kleinen Nachbarn.

Die Schweiz wendet sich ab von der EU. Sie kann das, weil sie nicht Mitglied ist. Deutschland kann das nicht. Deshalb ließe keine Bundesregierung das Volk über Zuwanderung abstimmen, selbst wenn das möglich wäre.

Das entbindet die Politiker in Berlin aber nicht von der Pflicht, ideologiefrei über dieses Thema zu sprechen. Auf dass ein Weg gefunden werde, den die Bürger mitgehen können.



Karikatur: Mester

Umstrittener Genmais steht vor der Zulassung

ANALYSE Die gentechnisch veränderte Sorte 1507 sei gefährlich für Bio-Landwirtschaft und Umwelt sagen Naturschützer.

Von Volker Budinger

Düsseldorf. Die Vertreter der EU-Staaten im „Rat für allgemeine Angelegenheiten" entscheiden morgen, ob die gentechnisch veränderte Maissorte 1507 auf Äckern der EU angebaut werden darf. Die Entscheidung ist umstritten, es wird aber damit gerechnet, dass das Gremium zustimmt. Innerhalb der großen Koalition, selbst innerhalb der Union, gibt es unterschiedliche Meinungen, weshalb sich Deutschland enthalten wird. SPD und CSU sind dagegen, die CDU aber in Teilen für die Zulassung.

Welche Eigenschaften hat 1507?

Das US-Unternehmen DuPont-Pioneer beantragte des transgenen Mais 1507 in der EU. Transgen bedeutet, dass in das Erbgut der Pflanze stabile Gene anderer Organismen eingebaut wurden, die bei der Fortpflanzung weitergegeben werden. In dieser Sorte sind zwei Merkmale enthalten. Das eine stammt aus dem Bakterium *Bacillus thuringiensis* (BT) und produziert in allen Zellen ein für Insekten tödliches Gift.

Das andere Gen aus dem Bakterium *Streptomyces viridochromogenes* bewirkt eine Resistenz gegen das für alle anderen Pflanzen tödliche Gift Glufosinat. Letzteres ist ein Total-Herbizid, das alle grünen Pflanzen tötet.

Was kritisieren die Gegner?

Da das Insektengift in jeder Zelle der Pflanze produziert werde, erklärt Gentechnik-Experte Dirk Zimmermann von Greenpeace, wirke es nicht nur gegen den Schädling der Nutzpflanze, den Maiszünsler. Er befürchtet eine Schädigung auch für Bienen, Schmetterlinge und andere Insekten. Zur Wirkung der BT-Gifte gebe es große Wissenslücken.

Die Resistenz gegen das Herbizid könne zu unkontrolliertem Mehreinsatz des an sich schon umstrittenen Mittels Glufosinat führen – zumindest in der EU noch bis 2017, wenn dessen Zulassung ausläuft. In Deutschland ist das Mittel, das in Verdacht steht, auch den Menschen zu schädigen, bereits verboten.

„Außerdem besteht das Risiko, dass mit dem Anbau die gentechnik-freie Landwirtschaft gefährdet wird." Pollen könnten mit dem Wind verteilt, die neuen Merkmale unkontrolliert auf nicht gentechnisch veränderten Mais übertragen werden. Die transgene Pflanze wird also als Gefahr für Umwelt und Bio-Landwirtschaft eingestuft.

Was sagt die Wissenschaft?

„Es herrscht große Hysterie in Deutschland", sagt Peter Westhoff, Professor für Entwicklungs- und Molekularbiologie der Pflanzen an der Uni Düsseldorf. Transgene Pflanzen seien ein wertvolles Werkzeug der modernen Landwirtschaft und könnten helfen, besonders den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln zu minimieren. Für die Ernährung seien sie unbedenklich.

Die neuen Merkmale könnten zwar auswildern, aber nur auf Mais, was für normale Landwirtschaft irrelevant sei. Gerade BT-Pflanzen seien eine viel spezifischere Möglichkeit, gegen Schädlinge vorzugehen, als bisherige Insektenvernichtungsmittel. „Amerikanische Bauern verhalten sich bei transgenen Pflanzen viel rationaler."

Der transgene Mais 1507 könnte bald auf Äckern in der Europäischen Union wachsen. Foto: dpa

PORTRÄT DES TAGES

Die Siegerin

Rebecca Harms hat es geschafft. Die 57-Jährige wurde zum dritten Mal in Folge zur Europa-Spitzenkandidatin der Grünen gewählt. Harms setzte sich in einer Kampfabstimmung gegen die Brandenburger Europa-Abgeordnete Franziska „Ska" Keller (32) durch und führt die Partei in den anstehenden Wahlkampf für die Europawahl am 25. Mai. Seit knapp fünf Jahren führt sie die Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Abstimmung galt im Vorfeld des Parteitages auch als Duell der Generationen – nachdem bereits nach der Bundestagswahl altgediente Grüne wie Jürgen Trittin oder Claudia Roth den Platz für Jüngere geräumt hatten. Doch Harms setzte sich überraschend klar durch.

Sie gehört zu den Atomkraftgegnern der ersten Stunde. Im niedersächsischen Wendland, dem Zentrum der Anti-Atom-Bewegung, ist die Grünen-Politikerin eine Symbolfigur. Harms gehörte 1977 zu den Gründern der Bürgerinitiative gegen das dortige Atommülllager. Ihre Zusammenarbeit mit den Grünen begann sie 1984 als Assistentin im EU-Parlament. 1994 zog sie für die Partei in den Landtag von Hannover ein. Die Baumschul- und Landschaftsgärtnerin ist ihrer Heimat treu geblieben. Mit ihrem Mann lebt sie in einem alten Bauernhaus in der Gemeinde Waddeweitz. *Red*

WZ
WESTDEUTSCHE ZEITUNG
Verlag: W. Girardet GmbH & Co. KG
Düsseldorf · Krefeld · Wuppertal

Geschäftsführung: Kersten Köhler

Redaktion: Chefredaktion: Lothar Leuschen (komm.); Nachrichten/Wirtschaft/Kultur: Anja Clemens-Smicek (verantw.), Annette Ludwig (stellv.), Wibke Busch, Anne Grages, Michael Hammes (Hier und Heute), Tanja Henkel, Horst Kuhnes (Chefreporter), Peter Kurz, Olaf Steinacker; Sport: Olaf Kupfer (verantw.); Sonderseiten/Reise: Rolf Nöckel (verantw.); Jürgen Mohr-Schumann (Produktion).
Korrespondenten in Berlin: Werner Kolhoff, Hagen Strauß, Stefan Vetter.
Leitung Lesermarkt: Björn Knippen

Anzeigenleitung: Dr. Serge Schäfers (verantw.)

Anzeigenverkaufsleitung: Carola Rehm

Anzeigenpreisliste Nr. 43 gültig ab 1. Januar 2014.
Druck: Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH Düsseldorf/Wuppertal.

Anschrift: (für o.g. Verantwortliche): Königsallee 27, 40212 Düsseldorf, Tel. 0211/8382-0, zentralredaktion@wz.de, weitere Anschriften siehe Lokalteil.

Internet: www.wz-wuppertal.de; www.wz-krefeld.de; www.wz-duesseldorf.de; www.wz-moenchengladbach.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte u. Fotos wird keine Gewähr übernommen. Bei Betriebsstörungen durch höhere Gewalt, Streik usw. keine Ersatzansprüche. Die WZ verwendet Recycling-Papier.

Mittwoch mit PRISMA Wochenmagazin zur Zeitung.

LESERSERVICE: 0800/1 452 452
(kostenlos aus d. dt. Festnetz und per Mobilfunk)
Montag bis Freitag 6.30 bis 16.00 Uhr
Samstag 6.30 bis 12.00 Uhr